

16.57

Abgeordnete Eva Maria Holzleitner, BSc (SPÖ): Herr Präsident! Werte Frau Ministerin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Die Familienberatungsstellen und deren Finanzierung sind mittlerweile wirklich ein Dauerbrenner, seit ich Abgeordnete zum Parlament sein darf. Ein Blick zurück: Es war 2017, wir waren nicht mehr in Regierungsverantwortung, sondern es hat eine türkis-blaue Bundesregierung gegeben, die das Budget der Familienberatungsstellen gekürzt hat. (*Zwischenruf der Abg. Disoski.*) Das war wirklich ein Problem, und nur der Aufschrei des Dachverbandes sowie ein wirklich auch gemeinschaftlicher Einsatz hat dann dazu geführt, dass 50 Prozent dieser Kürzungen aus den Budgetmitteln des Familienressorts dann wieder kompensiert wurden.

Der ursprüngliche Betrag, der vor den Kürzungen da war, ist seitdem aber nicht mehr budgetiert worden, und nach einem Jahr Coronapandemie sind die Familienberatungsstellen – wir wissen das alle – wirklich chronisch unterfinanziert.

385 Familienberatungsstellen gibt es, eine Viertelmillion Menschen werden durch sie begleitet und eine halbe Million Beratungsstunden werden absolviert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind überlastet – ich glaube, das können wir wirklich so feststellen. Sie **sind** nach einem Jahr Pandemie überlastet, das ist auch völlig logisch, und ein ausreichendes Budget wäre eigentlich tatsächlich ein Gebot der Stunde.

Wenn ich höre, dass diese Millionen für die Familienberatungsstellen jetzt aus dem Gewaltschutzbudget genommen werden, dann kann ich nur eines sagen: Die Opferschutzeinrichtungen kritisieren das, denn Familienberatungsstellen leisten nicht ausschließlich Gewaltschutz, und das muss man wirklich auch so festhalten! (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf der Abg. Disoski.*)

Kollegin Disoski, ich bin völlig bei Ihnen, wenn Sie sagen, die psychosozialen Auswirkungen der Krise müssen angegangen werden. Wir haben das im letzten Jahr ehrlicherweise schon viel, viel öfters eingefordert, es ist nur bis jetzt einfach nicht wirklich etwas passiert. Ich glaube, dass nur die Öffnungen einfach nicht ausreichen werden, sondern wir müssen auch das, was im letzten Jahr passiert ist, aufarbeiten, und deswegen muss das Beratungsstellenangebot tatsächlich auch ausgebaut werden (*Beifall bei der SPÖ*), es braucht ausreichende Unterstützung, um die psychischen Auswirkungen wirklich abzufangen. Schlafstörungen, Depressionen, Einsamkeit – all das sind Probleme, die Betroffene aktuell haben, und diese können nicht aufgearbeitet werden, weil es einfach nicht ausreichend Angebot gibt.

Mit unserem entsprechenden Antrag hätten wir für die Familienberatungsstellen 18 Millionen Euro gefordert. Das ist auch jener Betrag, von dem die Familienberatungsstellen selber sagen, mit dem könnten sie halbwegs gut haushalten und über die Runden kommen. Dieser Betrag soll auch in den nächsten Jahren fortgeschrieben werden.

Aktuell: Der Beitrag aus dem Gewaltschutzbudget wird für längst überfällige Valorisierungen aufgebraucht werden müssen. Das heißt, man kann auch da die Beratung nicht ausbauen, sondern es geht einfach vorwiegend um Valorisierungen, die die letzten Jahre aufgrund der Budgetkürzungen nicht stattfinden konnten. Ich glaube, diese 18 Millionen Euro – mindestens – müssten uns die Familien und ihre Unterstützung auch tatsächlich wert sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was mich in der letzten Ausschusssitzung wirklich massiv aufgeregt hat: Es sind einfach so fadenscheinige Argumente gekommen, als diese Anträge abgelehnt beziehungsweise andere auch vertagt worden sind, beispielsweise der zu LGBTIQ-Jugendlichen. Diese kleine Erhöhung für die Familienberatungsstellen soll eben nicht nur für die Familienberatung genutzt werden, sondern auch den Gewaltschutz abdecken, Kinder und Jugendliche besser unterstützen und für die besonders vulnerable Gruppe der LGBTIQ-Jugendlichen ebenso zur Verfügung stehen.

(*Präsidentin Bures übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn man das durchkalkuliert, weiß man: Das geht sich hinten und vorne nicht aus, dass eben auch alle das kriegen, was sie gerade in dieser aktuellen Krise brauchen. Die ordentliche Finanzierung von Familienberatungsstellen wäre das Mindeste. Wir fordern aber auch gleichzeitig einen echten Gewaltschutz und mindestens eine LGBTIQ-Beratungsstelle für Jugendliche pro Bundesland. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir wissen leider: Das wird sich mit dem Angekündigten nicht ausgehen. Wir hätten uns deswegen erhofft, dass mit diesem Antrag, den wir jetzt mittlerweile schon zum x-ten Mal gestellt haben, die Familienberatungsstellen auf diese 18 Millionen Euro sicher bauen können, auch in den Folgejahren, und dass dieser Beitrag einfach für mehr als kleine Valorisierungen ausreicht, weil es das jetzt wirklich brauchen würde, damit die Familien auch nur ansatzweise bestmöglich unterstützt werden können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

17.01

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Michael Bernhard. – Bitte.